

# Grengiols-Solar: «Inschä Bärg ischt nit zum verchöife!»

Mit einer Visualisierung des Projekts «Grengiols Solar» will eine Interessengemeinschaft aufrütteln. Die Gemeinde hält davon nichts.

Thomas Jossen

Das kleine Dorf Grengiols erlangte innert kurzer Zeit nationale Bekanntheit. Hoch oben soll hier – auf über 2000 Metern über Meer – sein gigantisches Solarprojekt gebaut werden. Um dieses Projekt überhaupt realisieren zu können, boxte die nationale Politik in rekordverdächtigem Tempo ein «Notgesetz» durch.

Die Rede war von einer ungenutzten Freifläche, die hier auf über fünf Quadratkilometern mit Solarpanels bebaut werden soll. Kritische Stimmen blieben stumm. Bis sich die Bauernfamilien Heinen aus Grengiols zu Wort meldeten. Von ungenutzter Fläche könne keine Rede sein, seit Jahrzehnten würden hier über 90 Tiere gesömmert. Die Familien äusserten aber auch Bedenken rund um das Wetter, die Biodiversität, das Kulturgut oder die Bodenbeständigkeit.

Die Familien Heinen erhalten nun Unterstützung. 200 Personen haben sich zur «IG Saflischtal» zusammengeschlossen. Unter dem Slogan «Inschä Bärg ischt nit zum verchöife!» – «Unser Berg steht nicht zum Verkauf» – weilt die Interessengemeinschaft IG

Saflischtal für ihre Interessen. Auf der Website steht: «Wir fordern das Parlament auf, unsere Landschaften zu schützen statt zu verbauen.» Auch das vom Parlament beschlossene «Notgesetz» sei verfassungswidrig. Anstatt hochalpine Solaranlagen zu bauen, will die IG, dass die vorhandenen Dächer und Fassaden für eine grosse Solaroffensive genutzt werden.

Überhaupt lässt die IG am Projekt kein gutes Haar. Innerhalb der IG ist bereits heute klar, dass das Projekt nicht, wie von den Behörden angegeben, auf einer Fläche von fünf Quadratkilometern umgesetzt werden kann.

IG-Mitglied und ehemaliger Gemeindepräsident Klaus Agten sagt: «Aus topografischen und geologischen Gründen eignet sich lediglich ein Drittel der geplanten Fläche für den Bau einer Solaranlage.» Darum zweifelt Agten stark daran, dass eine Umsetzung des Projekts realistisch sei.

Eindruck macht vor allem eine publizierte Visualisierung des Solarprojekts (siehe Bild). Die fast unberührte Natur im Saflischtal ist kaum mehr wiederzuerkennen – zugekleistert mit 10'700 Elementen, die vier Meter ab Boden



Sieht es künftig im Saflischtal wirklich so aus?

Bild: zvg/ig-saflischtal.ch

auf Stahlgerüsten zu stehen kommen. Die IG verweist in diesem Zusammenhang auf die Landbewirtschaftler, die in diesem Gebiet mit durchschnittlich vier Meter Schnee rechnen würden.

Auf der Website wird vorgerechnet, dass für das Projekt 1,25 Millionen Quadratmeter Solarpanels nötig seien. Und überhaupt: Das Projekt könne lediglich 0,5 Prozent des Schweizer Strombedarfs decken. Die aktuellen Wartefristen von eineinhalb Jahren würden dazu führen, dass das Projekt nicht vor 2025 reali-

siert werden kann. Es gibt Stimmen, die behaupten, dass «Grengiols Solar» bereits im nächsten Winter Strom produzieren könnte.

Aufgelistet sind auf der Internetseite auch mehr als eine Handvoll Risiken. Für den Transport sei der Bau von neuen Strassen und Bahnen nötig. Die weltweite Materialknappheit könnte zu einer Kostenexplosion führen.

Zweifel hegt die IG auch an der «schwer abschätzbaren» Geologie, weil die Hänge meist

aus Schiefer oder Lockergestein bestehen würden.

Obwohl noch nicht mal gebaut, rechnet die IG mit dem Schlimmsten: «Bei einem Brand kann der Solarpark nicht gelöscht werden. Mehrere Quadratkilometer wären danach mit kleinsten Glassplittern kontaminiert und müssten über mehrere Jahre speziell geräumt werden.»

Die vorgeschlagene Alternative der IG: Gemäss einer Potenzialstudie der Berner Fachhochschule seien in der Schweiz auf vorhandenen Dächern Infrastruk-

turen möglich, «ohne dass auch nur ein zusätzlicher Quadratmeter Natur oder Landwirtschaftsfläche verbaut werden müsste.

Gelassen über die Gründung der Interessengemeinschaft bleibt indes Armin Zeiter, Gemeindepräsident von Grengiols. Er verweist auf die Machbarkeitsstudie und Umweltverträglichkeitsprüfung, die Ende Jahr verlässliche Zahlen liefern würden.

Doch so viel sei gesagt: Das geplante Projekt entspreche «in keinsten Weise» der Visualisierung der Interessengemeinschaft.